

STADT STEINHEIM

Der Stadtdirektor

Stadiverwaltung, Marktstraße 2, 32639 Steinheim Postfach 1363, 32835 Steinheim

per Telefax An die Präsidentin des Landtages NRW Frau Ingeborg Friebe

40217 Düsseldorf

hre Nachricht vom

. 1

Ihr Zeichen

Meine Nachricht yom

Dienststelle:

Auskunft erteilt:

Fernruf: (05233) 21106

Telefax: 0 52 33 / 2 12 02

Vermittlung 2 10

Steinheim, den 17 Januar 1995

Hauptamt

Herr Meyer

Mein Zeichen

Zimmer:

Gesetz über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Nordrhein-Westfalen (Wahlkreisgesetz); Gesetzentwurf der Landesregierung Ds 11/7739 Schreiben des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes vom 12.12.1994

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

mit o.g. Schreiben wurde der Stadt Steinheim der Gesetzentwurf der Landesregierung (Wahlkreisgesetz), der vom Landtag erstmalig in seiner Sitzung am 20. Oktober 1994 beraten wurde, mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt.

Die Angelegenheit wurde daraufhin im Rat der Stadt Steinheim am 19. Dezember 1994 vorgetragen und den Fraktionen des Rates zur Beratung überwiesen.

Nach Beratung in den Fraktionen beschloß der Hauptausschuß der Stadt Steinheim in seiner Sitzung am 16. Januar 1995 einstimmig die als Anlage beigefügte Resolution zu dem o.g. Gesetzentwurf der Landesregierung.

ich bitte, die Stellungnahme der Stadt Steinheim dem Hauptausschuß des Landtages für seine abschließende Beratung des Gesetzes am 19. Januar 1995 vorzulegen.

Mit freundlichem Gruß

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
11/3917
A4, A7

Der Rat der Stadt Steinheim

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung über das Gesetz über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag NRW (Wahlkreisgesetz Ds 11/7739)

Die in dem Gesetzentwurf der Landesregierung über das Gesetz über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Nordmein-Westfalen (Wahlkreisgesetz) vorgenommene Zuordnung der Stadt Steinheim zum Wahlkreis Lippe III - Höxter I findet nicht die Zustimmung der Stadt Steinheim. Diese Vorgehensweise führt zu einer Aufsplitterung des derzeitigen Wahlkreises "Höxter". Der Gesetzentwurf berücksichtigt nicht, daß auf Kreisgrenzen möglichst Rücksicht zu nehmen ist und örtliche Zusammenhänge zu wahren sind

Der Rat der Stadt Steinheim richtet die Bitte an alle Fraktionen im Landtag, im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens Vorschläge zu erarbeiten, die zu einer Reduzierung der Anzahl der Mandate im Landtag führen. In einem ersten Schritt sollte auf jeden Fall eine Regelung getroffen werden, die die Zahl der Überhangmandate eingrenzt, um die vom Gesetz her vorgesehene Leitzahl von 201 Abgeordneten zu sichem.